

Förderung der Berufsausbildung 1980-1984

Die öffentliche Förderung der Berufsausbildung durch Bund, BA und die Bundesländer von 1980-1984 ergibt sich aus Tabelle 2.

Die Förderung einer länderübergreifenden oder bundesweiten Vereinheitlichung der Förderprogramme wird nach Auffassung der Bundesregierung dem regional unterschiedlichen Bedarf nicht gerecht. Aufgrund der seit langer Zeit eingespielten Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern seien die Programme so konzipiert, daß keine Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen Förderprogrammen entsteht.

Da der Bund grundsätzlich keine Zuschüsse zu betrieblichen Ausbildungskosten gewährt, könne sich die Abstimmung zwischen Bund und Ländern auf die Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten beschränken; diese Abstimmung erfolgt seit Aufnahme der Förderung.

Tabelle 2: Förderung der Berufsausbildung in Mio. DM

	1980	1981	1982	1983 ¹⁾	1984 ¹⁾
Bund					
– BAföG	730,0 ²⁾	700,0	740,0	550,0	150,0 ²⁾
– Programme	384,3	371,9	436,5	728,7	690,0
darunter:					
überbetriebliche Ausbildungsstätten	187,4	203,5	231,9	213,0	200,0
Förderung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten (Programm für Zukunftsinvestitionen)	70,0	10,0	10,0	50,0	–
Benachteiligtenprogramm	–	29,0	67,0	124,0	144,0
einmaliges Sonderprogramm 1983	–	–	–	3,0	85,0
Zuschüsse zu Lehrgangskosten im Handwerk	30,5	47,1	49,0	53,0	55,0
Bildungsbeihilfen für arbeitslose Jugendliche	–	–	–	205,0	120,0
Länder					
– BAföG	293,0	370,0	398,0	296,0	80,2 ²⁾
– Sonderprogramme	357,1	382,0	391,6	442,0	553,0
Bundesanstalt für Arbeit					
– Berufsausbildungsbeihilfe einschließlich MBSE	442,4	517,8	428,2	433,6	487,4

¹⁾ Rückgang beim BAföG im 2. Halbjahr 1983 und 1984 infolge des Haushaltsstrukturgesetzes 1981 und des Haushaltsbegleitgesetzes 1983. Die Länder haben für die zu Hause wohnenden Schüler eigene Regelungen geschaffen, für die sie nach Auslaufen der bundeseinheitlichen „Härteregelung“ ca. 120 Mio. DM aufwenden.

²⁾ Geschätzte Zahlen.

Nach: Antwort der Bundesregierung „Strukturprobleme in der Berufsausbildung“ in der Sitzung des 10. Deutschen Bundestages am 15. 3. 1985 auf eine Anfrage der Grünen